

Frau
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Offener Brief an die Bundeskanzlerin

München, 11. April 2016

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

als Sie im September 2015 den berühmt gewordenen Satz sagten:

WIR SCHAFFEN DAS

wird Ihnen jeder anständige und gutwillige Mensch zugestimmt haben. Wir Seniorinnen und Senioren im bayerischen Landesseniorenausschuss der Gewerkschaft ver.di stimmen Ihnen noch immer zu, und nicht wenige von uns beteiligen sich daran, dass Sie recht behalten.

Aber wie schaffen wir das? Wer zahlt?? Und: wer ist „Wir“???

Wir vermissen bis heute, dass Sie erklären, *wie* wir das schaffen und insbesondere, wen Sie mit *wir* gemeint haben. Wenn *wir* die „Normalbürger“ sein sollten, von denen allzu viele darunter leiden, dass sie sich in unserem reichen Lande mit geringen Einkünften durchschlagen müssen, keine angemessenen Wohnungen zu bezahlbaren Mieten finden und einem Alter in Armut entgegensehen, dann werden Sie leider nicht recht behalten. Denn viele Menschen werden nicht Ihnen, sondern den Parolen ewig Gestriger folgen – siehe die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen.

Sie vertreten mit Ihrem Finanzminister eine Politik, die eine „schwarze Null“ im Bundeshaushalt über alles stellt; eine Politik, welche Steuererhöhungen ablehnt und insbesondere nicht bereit ist, angemessene Erbschafts- und Vermögenssteuern zu erheben. Solche Steuern und ggf. eine einmalige Vermögensabgabe könnten die Kosten für die Flüchtlinge problemlos decken. Denn dass mit dem Zustrom der unglücklichen Menschen, die vor Krieg und Terror zu uns fliehen, erhebliche Kosten verbunden sind, ist auch den ahnungslosesten und unpolitischsten Wählern klar. Ihre Aufgabe ist es, Ihre Landsleute wissen zu lassen, dass nicht diejenigen zur Kasse gebeten werden, die selber nichts entbehren können!

Die reichsten Deutschen können es locker zahlen!

10 % (ca. 8 Millionen) der Deutschen besitzen zwischen 468.000 € und mehreren Mrd. €. Wenn von denen jede(r) über eine einmalige Vermögensabgabe 1000 € zahlt, stehen 8 Mrd. € zur Verfügung, ohne dass auch nur ein Reicher auf seinen Champagner verzichten muss.

Und wenn das nicht reicht, dann fragen Sie bei Rheinmetall, Krauss-Maffei/Wegmann, Siemens oder Heckler und Koch etc. sowie bei deren Aktionären an, die mit ihren Rüstungsgütern reichlich Geld „verdient“ und nicht wenig zu den Fluchtursachen beigetragen haben.

Wir fordern Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass nicht neuerlich unsere Solidarsysteme wie Renten- und Krankenversicherungen für Leistungen in Anspruch genommen werden, die aus Steuermitteln beglichen werden müssen – und zwar von den Vermögenden, die das problemlos leisten können.

Mit freundlichen Grüßen
Hubert Köhlich
Vorsitzender des Landesseniorenausschusses ver.di Bayern